

Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

6. November 2023

**Pressekonferenz Statement Kampagne Stärkung der Tarifbindung
„Tarifwende“**

Berlin, 6. November 2023

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch ein herzliches Willkommen von meiner Seite.

Yasmin Fahimi hat es bereits betont:

Mit Tarifverträgen gibt es mehr Freizeit, mehr Lebensqualität, aber insbesondere auch höhere Gehälter.

Mit Tarifvertrag haben die Beschäftigten im Schnitt 12 Prozent mehr in der Lohntüte.

Mit Tarifvertrag gibt es auch mehr Urlaubs- und mehr Weihnachtsgeld.

Beim Weihnachtsgeld ist es z.B. so: Gut 80 Prozent der Beschäftigten mit Tarifvertrag bekommen es. Ohne Tarifschutz erhalten nur 40 Prozent Weihnachtsgeld.

Außerdem gibt es mit Tarifvertrag bessere Regeln bei Überstunden, Kurzarbeitergeld und bei der betrieblichen Altersvorsorge.

Einige Tarifverträge sehen auch Boni vor: In der Leiharbeit erhalten sie z.B. als Gewerkschaftsmitglied und je nach Betriebszugehörigkeit bis zu 1000 Euro mehr Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Zusammengefasst bedeutet das im Umkehrschluss: Die sinkende Tarifbindung führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen für Millionen Beschäftigte.

Die mangelnde Tarifbindung kommt aber auch die Allgemeinheit teuer zu stehen. Denn geringere Einkommen bedeuten gleichzeitig auch immer:

- weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen, also geringere Einnahmen bei der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung.
- Und auch die Steuereinnahmen durch die Einkommensteuer fallen geringer aus.

Wir haben mit unserer Tarifflicht-Bilanz die „Kosten“ der Tarifflicht berechnet.

Die Ergebnisse sind alarmierend. Sie zeigen es schwarz auf weiß, warum wir dringend eine Tarifwende brauchen:

- Durch Tariffucht und Lohndumping entgehen den
- Sozialversicherungen in Deutschland jährlich rund 43 Milliarden Euro an Beiträgen. [für Nachfragen: Referenzjahr 2022]
- Bund, Länder und Kommunen nehmen circa 27 Milliarden Euro weniger Einkommensteuer ein.

Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich natürlich auch unmittelbar auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus:

- Mit einer flächendeckenden Tarifbindung hätten die Beschäftigten insgesamt rund 60 Milliarden Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie.
- Betrachtet über ganz Deutschland und über alle Branchen hinweg bedeutet das unterm Strich, dass Beschäftigte, die keinen Tarifvertrag haben, jährlich 3.022 Euro netto weniger haben als Tarifbeschäftigte.

Hier gibt es große Unterschiede zwischen Ost und West:

- Ohne Tarifvertrag haben sie als Beschäftigte*r im Osten jährlich im Durchschnitt netto-3915 Euro weniger raus.

Im Westen hat ein Beschäftigte*r ohne Tarifschutz im Schnitt 2819 Euro weniger in der Tasche. [Hinweis für mögliche Nachfragen: die Euro Beträge pro Beschäftigten bezieht sich auf alle Branchen, Berufe und Regionen]

Addiert man alle Kosten zusammen, also die Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen, dem Fiskus und im Geldbeutel der Beschäftigten, ergibt sich ein Schaden von insgesamt 130 Milliarden Euro pro Jahr. Davon entfallen mehr als 31 Mrd. Euro auf die ostdeutschen Bundesländer und 99 Milliarden Euro auf die westdeutschen Länder. Wir haben diese Auswertung auch für die einzelnen Bundesländer angefertigt. Diese Ergebnisse können Sie der ausliegenden Broschüre entnehmen.

Meine Damen und Herren,

Diese Entwicklung wollen und dürfen wir nicht länger hinnehmen, wenn wir unser Sozial- und Wirtschaftsmodell erhalten wollen.

Wir brauchen mehr Tarifverträge in der Fläche, im Unternehmen und im Betrieb.

- Überleitung -

Wir haben heute zwei Gäste:

- Dominik Stark ist Krankenpfleger in der Intensivmedizin.
- Andreas Waclaw ist Maschinen- und Anlagenmonteur bei Thyssen Krupp in Presta Schönebeck, bei Magdeburg.